

Schönburger Tageblatt

und

Waldenburger Anzeiger

Erscheint werktägl. Nachm. Bezugspreis v. 16.-31. Jan. im voraus 1.20 G. M. freibl., auschl. Trägerl. Einzelne Nr. 10 Goldpf., Sonntags-Nr. 20 Goldpf. Anzeigenpreise: 6 gesp. Petitzeile 0,10 Goldmark, v. außerhalb des Bezirkes 0,15 Goldmark, 3 gesp. Kleinzeile 0,45 Goldmark, Hinweise auf Anzeigen und Einzelandte 0,10 Goldmark, Nachweise und Offertengebühr 0,10 Goldmark, Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Gegründet 1878. Fernsprecher Nr. 2. Postfach Nr. 8. Postkontonummer Amt Leipzig Nr. 4486. Bankkonto: Vereinsbank zu Goldz. Filiale Waldenburg. Stadtpostamt Waldenburg 18. Rabatte gelten nur bei pünktlicher Zahlung, bei verspäteter Einzahlung der Rechnungsbeträge wird jeder Nachschuß hinzugefügt.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichten zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.

Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsvereins (E. V.) - Verlagort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Obergasse 38. Geschäftszeit 7-12, 2-5 Uhr. Filialen in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Eise; in Wollanburg bei Herrn Linus Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dahler; in Ziegenheim bei Herrn Eduard Kirßen.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Ausperrung, Poststörung, Streikungen im Betrieb der Druckerei oder sonstiger Verhältnisse hat der Bezahler keinen Anspruch auf Gehalt der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Für Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Zugleich weit verbreitet in den Ortschaften der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenseuba-Niederhain, Langenseuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wollanburg und Ziegenheim.

Nr. 20

Donnerstag, den 24. Januar 1924

46. Jahrgang.

Lenin in Gorki bei Moskau gestorben.

Amtlicher Teil.

Die Zugsteuer auf das 1. Vierteljahr 1924 beträgt für ein Pferd 36 Goldmark. Die Zahlung hat bis Ende d. M. an die hiesige Stadtsteuerbehörde zu erfolgen. Waldenburg, den 23. Januar 1924. Der Stadtrat.

Dokumente (amtlich 22. Januar) 4200 Milliarden. Der auswärtige Ausnahm des Reichstags tritt nächste Woche zusammen.

Der Reichsausschuss des Zentrums hielt in Berlin eine Sitzung ab.

Die pommerischen Landwirte halten gegenwärtig in Gollin ihre landwirtschaftliche Woche ab.

Gymnasien, die an den Ovationen für den englischen Generalkonsul in Kaiserlautern teilgenommen hatten, wurden von französischen Gendarmen schwer mißhandelt.

In Paris ist eine neue Preissteigerung eingetroffen.

England will seine Infanterie um 15 Schwadron vergrößern.

Das englische Unterhaus nahm das Mißtrauensvotum gegen die Regierung Baldwin an, worauf diese ihren Rücktritt erklärte.

Macdonald wurde mit der Kabinettbildung beauftragt. Lenins Leiche wird in Moskau aufgestellt.

Sinowjew veröffentlicht einen Aufruf an die dritte Internationale.

Sri Lanka soll zur Republik erklärt werden.

Zu amerikanischen Senat wurde ausgeführt, daß Frankreich und Rußland die eigentlichen Kriegsverursacher sind.

Waldenburg, 23. Januar 1924.

Der am 24. Januar 1712 geborene alte Fritz ist wieder populär geworden. In den Kunststätten sehen wir sein Bild, Friedrichsromane erscheinen, über die Bühne schreitet seine Gestalt und die Kinoregisseure, die am besten wissen, was die Menge heute wünscht, lassen den König und seine Grenadiere über die weiße Klinkerwand marschieren. Sonderbar! In unserer Zeit, ist des Kaisers sicher, wer nur in Wort und Schrift, in Bild oder Musik, die Erinnerung an den großen Autokraten Friedrich weckt. Woher die neu erwachte Liebe für den längst in der Gruft ruhenden König?

Ein vollstümlicher Fürst im gewöhnlichen Sinne, ein Herrscher des freundlichen Blickes, des gütig-teilnehmenden Wortes und der stets offenen Hand ist Friedrich d. Gr. nie gewesen. So massiv, der Menge sezündende Ideale, wie die des Franzosenkönigs Heinrich IV., der jedem Bauern zum Sonntag sein Duhn im Topfe wünschte, konnte der König des armen Preußens nicht vertreten. Als Kulturpatron rühmt man ihm schon nach, daß er den Kartoffelbau im neu erworbenen Westpreußen einführte. Mit harter Hand hat er seine Preußen regiert. Mehr Jütern oft als Freude bereitete die Nachricht vom Kommen des Königs, wenn er im Reisewagen durch seine Länder jagte, die Untertanen anstundfertig neben dem Schlag, die großen blauen Königsaugen bald hier, bald dort, als wollten sie alles durchdringen, alles sehen, was geschehen oder gesäumt war. Liebe gesät, Liebe empfangen hat Friedrich fast nur in seinem Heer. Seinen Soldaten war er durch lange Kriegsjahre auch körperlich nahe, mit ihnen trug er die Beschwerden des Lagerlebens wie die Gefahren der Schlacht und nur ihnen gegenüber fand der Meister des beißenden, oft verletzenden Witzes auch Worte gutmütigen Humors. In seinem Heer lag das Fundament seines Staates, dort, wo der Kanonen eherner Mund die „ultima ratio regis“ sprach.

Aus seinem Feldlager ging daher auch Friedrichs Ruhm aus. Nach dem Tage von Rossbach war er der Held von ganz Deutschland. Endlich war dem Erbfeinde, der seit bald 200 Jahren Westdeutschland als willkommener Tummelplatz für die Verführungswir seiner Heere betrachtete, gebührend heimgekehrt worden. Damals lernte der junge Goethe in der Reichs- und Krönungsstadt Frankfurt nicht preußisch, eher heilig empfinden. Und als sich dann durch 7 schwere Kriegsjahre Friedrichs Staat gegen die Feinde rings

um behauptet hatte, da hatte der große König die Bewunderung der ganzen Welt gewonnen.

Auf und ab ist's mit Deutschland gegangen, seit den Zeiten, wo das individualistische 18. Jahrhundert sich gern bewundernd vor menschlicher Größe sich beugte. Ein Tiefstand ist heute wieder erreicht, vergleichbar nur der Schreckenzeit des ausgehenden 30 jährigen Krieges:

Glück kennt man nicht, drinnen man geboren, Glück kennt man erst, wenn man es verloren.

Das bittere Wort Friedrichs von Logau, wir lernen es wieder verstehen. Wir hatten den Feldherrn, wir hatten den Staatsmann, die vereint, fähig waren, uns siegreich durch alle Kriegsgefahren zu führen. Zu spät trat der eine an den ihm gebührenden Platz, der andere durfte ihn nie einnehmen. Kriegsfähige Männer besaßen wir genug. Politische Gründe und Schwachmütigkeit haben gehindert, sie beizzeiten auszubilden, damit im rechten Augenblick ihre gesammelte Kraft zur Verfügung stand. So wurde der große Krieg zu einer Kette verhängter Gelegenheiten. Und doch hofft der Deutsche noch! Mit Zorn und Hoffnung sieht der gebiente Mann, sieht unsere Jugend auf das heute weit verbreitete Bild, das uns den großen König zeigt, wie er die Standarte seiner Garde du Corps in der einen, den Degen in der anderen Hand aus der Brust in der Potsdamer Garnisonkirche hervortritt. Ein Symbol soll es sein des Führers, den wir brauchen, auf den wir hoffen.

England und die Pfalz.

Bernichtendes Urteil über die Separatisten.

Der englische Generalkonsul in München, Elbe, der im Auftrage der englischen Regierung die Zustände in der Pfalz untersucht hat, ist inzwischen zur Berichterstattung in London eingetroffen. Sein Gutachten, das für die französische Politik geradezu vernichtend ist, lautet folgendermaßen:

1. Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung steht der autonomen Regierung feindlich gegenüber.
2. Diese Regierung hätte niemals ohne französische Unterstützung in Erscheinung treten können, und würde sofort vertrieben werden, sobald die französische Unterstützung aufhöre.
3. Nach einem Zugeständnis von Bley, der das nominelle Haupt der Regierung ist, sind 75 Prozent der Separatisten von außerhalb der Pfalz gekommen. Sie umfassen unzweifelhaft zahlreiche Vorbestrafte und Männer, die gänzlich unerfahren sind in den Geschäften einer Regierung.
4. Die katholische und die protestantische Kirche, die amtlichen Kreise und die Mehrheit der Bevölkerung in den großen Städten weisen den Gedanken einer Loslösung von Bayern zurück.
5. Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung, obwohl gleichgültig gegenüber der Frage einer Loslösung von Bayern, steht einer Abtrennung vom Reich feindlich gegenüber.
6. In bestimmten Klassen der Bevölkerung, namentlich unter den Bauern und unter den sozialistischen Arbeitern besteht Neigung für die Schaffung eines rheinischen Staates unter Einfluß der Pfalz, der politisch unabhängig, aber wirtschaftlich mit dem Reich verbunden sein sollte. Dieser Teil der Bevölkerung fürchtet eine militärische Politik von Berlin und von München.
7. Unter den Bauern und Arbeitern herrscht eine starke Kriegsmüdigkeit und der Wunsch nach Frieden um jeden Preis.

Zum Schluß sagt Elbe noch:

„Die Lokalitätserklärung ist in allen Teilen zurückgewiesen worden. Die Erklärung war auf Bauern, andere Grundeigentümer und Landbürgermeister beschränkt worden. Viele von diesen haben anfänglich und zwar ohne Beratung mit den Gemeinderäten unterzeichnet, nun aber ihre Erklärung zurückgezogen. Die Bauern in der Pfalz verhalten sich gegenüber politischen Angelegenheiten im allgemeinen gleichgültig und wünschen nur, in Frieden und ohne die Gefahr einer Ausweisung zu leben. Dieser Teil der Bevölkerung würde, wie ich glaube, jede Erklärung jeder Regierung unterzeichnen, um in Frieden leben zu können. Die in einer Denkschrift von Kallen unter Drobomann erlante

Unterzeichnung könne die Behauptung nicht rechtfertigen, daß die Mehrheit der Bauern der autonomen Regierung günstig gesinnt sei.“

Die knappen Sätze der Feststellungen des englischen Generalkonsuls sind förmliche Keulenschläge, die auf Tirard, General de Metz und auf ihre separatistischen Schützlinge niedersausen. Jetzt wird es wohl keinen Menschen in der Welt geben, der an das Märchen von der französischen Neutralität, das Poincaré erst am Sonntag wieder erzählt hat, glauben wird.

Die Lohnzahlung.

Der Reichsarbeitsminister gegen den Reichsfinanzminister.

Das Reichsfinanzministerium hat sich bekanntlich in einem Schreiben an das Reichsarbeitsministerium gewandt mit dem Ersuchen, auf dem Wege über die Schlichtungsausschüsse die Löhne und Gehälter der Privatindustrie auf das Niveau der staatlichen Löhne herabzudrücken. Der Reichsarbeitsminister lehnt das in einer längeren Erklärung jedoch ab und sagt:

Die Löhne und Gehälter werden sich, von den Lebenshaltungskosten abgesehen, stets in erster Linie nach den besonderen Verhältnissen und Möglichkeiten der einzelnen Industrie- und Gewerbebranche richten müssen. Gerade in der augenblicklichen Zeit, wo auch nach Ihren Angaben die Bezüge der Staatsbediensteten leider unerwünscht niedrig bleiben müssen, würde es im höchsten Grade unbillig sein, die Arbeitnehmer solcher Erwerbszweige, bei denen derartige Notwendigkeiten nicht bestehen, schematisch auf diesem Lohn- und Gehaltsniveau festzuhalten. Ich würde auch ein derartiges Festhalten in größerem Umfange, als es die Lage der einzelnen Erwerbszweige dringend verlangt, mit Rücksicht auf die Notwendigkeit einer möglichst großen Steigerung der Kaufkraft und ihrer Auswirkung für die Wiederbelebung der Wirtschaft nicht für erwünscht halten.

Weiter erklärte der Reichsarbeitsminister: „Für völlig ausgeschlossen erachte ich es, auf Grund des Ermächtigungsgesetzes den Schlichtungsausschüssen Grenzen für die von ihnen vorzuschlagenden Lohnsätze vorzuschreiben. Ich sehe die große Bedeutung der Schlichtungsausschüsse und die stärkste Wurzel ihrer Autorität gerade in der Freiheit und Selbständigkeit ihrer sachlichen Stellungnahme. Die Schlichtungsausschüsse haben meines Erachtens nicht die Aufgabe, eine behördlicherseits als wünschenswert anerkannte Lohngestaltung zwangsweise durchzusetzen, sondern den Beteiligten bei der von diesen selbst unter eigener Verantwortung vorzunehmenden tariflichen Regelung ihrer Arbeitsbedingungen behilflich zu sein. Daß sie dabei auf eine vernunftmäßige und im Interesse des Großen und Ganzen liegende Regelung hinwirken werden, ist selbstverständlich. Die Schlichtungsausschüsse kommen im übrigen durch Abstimmung der Beteiligten zustande, und es ist nicht ersichtlich, wie die Weisung zu einer den Vorschlägen des Reichsfinanzministeriums entsprechenden Stimmabgabe gebracht werden sollten.“

Ich werde hiernach zwar nach wie vor bemüht sein, auf eine einheitliche, den Interessen der Gesamtheit Rechnung tragende Lohnpolitik hinzuwirken und den Schlichtungsausschüssen das erforderliche Material für die richtige Beurteilung der Gesamtlage zugehen lassen, halte aber eine Bindung der Schlichtungsausschüsse durch eine Art „Sperregesetz“ für unvereinbar mit der Freiheit des Tarifvertrages und der Eigenart des Schlichtungswesens.“

Baldwins Sturz.

Annahme des Mißtrauensantrages.

Wie gar nicht anders zu erwarten war, endete die in der Nacht zum Dienstag vom englischen Unterhause vorgenommene Abstimmung mit einer Niederlage des Kabinetts Baldwin.

Der Mißtrauensantrag wurde mit 328 gegen 256 Stimmen der Konservativen angenommen.